

**Pressemitteilung**

## **Berliner Koalitionsvertrag: 200.000 Wohnungen bis 2030 gelingen nur gemeinsam**

- **Bündnis für Wohnungsneubau und bezahlbares Wohnen wird begrüßt**
- **ZIA spricht sich gegen Gewerbemietpreisbremse aus**

**Berlin, 29.11.2021** – Die neue rot-grün-rote Landesregierung in Berlin hat sich in ihrem heute vorgestellten Koalitionsvertrag darauf geeinigt, bis zum Jahr 2030 200.000 neue Wohnungen entstehen zu lassen. Für den Zentralen Immobilien Ausschuss ZIA, den Spitzenverband der Immobilienwirtschaft, ist diese Herausforderung nur gemeinsam zu stemmen. „Die Zielsetzung sind 20.000 Wohnungen im Jahr – daran wird sich die Landesregierung künftig messen lassen müssen“, sagt Stefanie Fensch, Sprecherin der ZIA-Region Ost. „Angesichts von weniger als 17.000 fertiggestellten Wohnungen im Jahr 2020 ist das ein sehr ambitioniertes Ziel, das wir nur dann erreichen, wenn wir zusammen und nicht gegeneinander arbeiten.“

Einmal mehr betont Fensch, dass die Immobilienwirtschaft zum Dialog bereitstehe und ein runder Tisch – bestehend aus Politik, Stadtgesellschaft und Immobilienwirtschaft – hierfür ein geeignetes Instrument darstelle. „Wenn am Ende die Zielmarke von 200.000 neuen Wohnungen mindestens in Sichtweite rücken soll, braucht es vereinfachte Bauvorschriften, stärkere digitale Schnittstellen in den Bauämtern und schnellere Genehmigungsprozesse.“ Das Bündnis für Wohnungsneubau und bezahlbares Wohnen wird vom ZIA daher ausdrücklich begrüßt.

Einer geplanten Gewerbemietpreisbremse erteilt Fensch eine klare Absage. „Eine Preisobergrenze für Gewerbeimmobilien ist schlichtweg nicht praktikabel“, sagt

Frensch. „Gewerbeimmobilien sind so heterogen, dass es in der Praxis fachlich überhaupt nicht möglich ist, einheitliche Kriterien für Mietobergrenzen zu schaffen, wie sie in einem Gewerbemietpreisspiegel zum Ausdruck kommen müssten. Eine Bäckerei in einem Wohngebiet kann beispielsweise eine Toplage sein, während an der gleichen Stelle ein Fachhandel für Bürobedarf eine schlechte Lage sein könnte.“ Zudem sei die Aushandlung des Mietpreises Folge der durch im Grundgesetz geschützten Privatautonomie, gegen die eine staatlich verordnete Begrenzung der Gewerbemieten verstoßen würde.

### **Der ZIA**

Der Zentrale Immobilien Ausschuss e.V. (ZIA) ist der Spitzenverband der Immobilienwirtschaft. Er spricht durch seine Mitglieder, darunter 28 Verbände, für rund 37.000 Unternehmen der Branche entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Der ZIA gibt der Immobilienwirtschaft in ihrer ganzen Vielfalt eine umfassende und einheitliche Interessenvertretung, die ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft entspricht. Als Unternehmer- und Verbändeverband verleiht er der gesamten Immobilienwirtschaft eine Stimme auf nationaler und europäischer Ebene – und im Bundesverband der deutschen Industrie (BDI). Präsident des Verbandes ist Dr. Andreas Mattner.

### **Kontakt**

André Hentz  
ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss e.V.  
Leipziger Platz 9  
10117 Berlin  
Tel.: 030/20 21 585 23  
E-Mail: [andre.hentz@zia-deutschland.de](mailto:andre.hentz@zia-deutschland.de)  
Internet: [www.zia-deutschland.de](http://www.zia-deutschland.de)



**WIR  
GEBEN  
LEBEN  
RAUM**

Der ZIA unterstützt die Kampagne „Wir geben Leben Raum“. Sie zeigt die Stärken der deutschen Immobilienwirtschaft und ihren Beitrag zum gemeinschaftlichen Miteinander. Folgen Sie auf LinkedIn und im Web: [wir-geben-leben-raum.de](http://wir-geben-leben-raum.de)